

Presse- Information

**Industriegewerkschaft
Bauen-Agrar-Umwelt**
Bezirksverband Nordbaden
Hans-Böckler-Str. 3 • 68161 Mannheim

28. August 2018



Foto: William Diller / IG BAU
[Das Bild ist in Druckqualität angehängt.
Der Abdruck des Fotos ist honorarfrei.
Ein Foto-Nachweis ist nicht erforderlich.]

Andreas Harnack 07 11 – 22 83 36
Regionalleiter Baden-Württemberg

Wolfgang Kreis
Bezirksvorsitzender
Telefon 06 21 – 123 46 99 – 0
Fax 06 21 – 123 46 99 - 9

mannheim@igbau.de
www.igbau.de

Bildunterzeile:

Wieder stärker gefragt – Steine sind der Rohstoff der Baukonjunktur. Doch eine entscheidende Bremse beim Neubau ist der Personalmangel in den Behörden, so die IG BAU.

Halbjahresbilanz: IG BAU fordert mehr Personal für Bauämter

831 neue Wohnungen in Mannheim genehmigt

Grünes Licht für den Bau: Zwischen Januar und Juni wurde in Mannheim der Neubau von 831 Wohnungen genehmigt, wie die IG Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) mitteilt. Die Gewerkschaft beruft sich dabei auf neueste Zahlen des Statistischen Bundesamts.

Investitionen von insgesamt 120,4 Millionen Euro planen demnach die Bauherren in Mannheim, um aus den erteilten Genehmigungen neue Wohnungen zu machen. Die IG BAU Nordbaden sieht jedoch Luft nach oben. „Viele Sozialwohnungen sind aus der Preisbindung gefallen – und jetzt mit deutlich höherer Miete auf dem Markt. Gegen den Schwund bei Sozialmietwohnungen und gegen den Mangel an bezahlbaren Wohnungen hilft nur eins: bauen, bauen, bauen“, sagt Bezirksvorsitzender Wolfgang Kreis.

Erschwert werde das Bauen und Planen allerdings durch fehlendes Personal in den Bauämtern. Nach IG BAU-Angaben sank die Zahl der Beschäftigten in den kommunalen Baubehörden in Baden-Württemberg zwischen 2011 und 2016 um 19 Prozent. Das hat eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) herausgefunden. Danach kamen auf 1.000 Einwohner in Baden-Württemberg zuletzt lediglich rund 0,8 Vollzeit-Beschäftigte in den Bauverwaltungen.

„Der jahrelange Personalabbau in den Ämtern rächt sich in Zeiten einer anziehenden Baukonjunktur besonders“, sagt Kreis. Engpässe bei der Planung und Genehmigung führten dazu, dass wichtige Bauprojekte verschleppt würden. Das betreffe auch die kommunale Infrastruktur – wie den Bau von Schulen, Straßen und Krankenhäusern.

Laut DIW geben Städte und Gemeinden im Schnitt 85 Prozent ihrer Investitionen für Bauten aus. „Mangelnde Planungskapazitäten haben daher enorme Auswirkungen auf das Bauen vor Ort“, so Kreis. Deshalb sei ein Großteil der Kämmerer auch weiterhin skeptisch, was den Abbau des Investitionsrückstands angehe. Nach einer Umfrage des aktuellen KfW-Kommunalpanels rechnen nur 32 Prozent der Kämmerer damit, den Rückstand bei der Verkehrsinfrastruktur in den nächsten fünf Jahren abzubauen – trotz einer guten finanziellen Entwicklung in den meisten Kommunen. 68 Prozent erwarten, dass der Investitionsstau gleich bleibt oder anwächst.